

50
JAHRE

Jahresbericht 2017

Public Eye

 Erklärung von Bern



Inhalt

- 5 Rohstoffe
- 8 Potentatengelder
- 10 Clean Clothes Campaign
- 14 Pestizide
- 17 Gesundheit
- 18 Konzernverantwortungsinitiative
- 20 Schulbesuche
- 22 Regionalgruppen
- 25 Ausblick 2018
- 28 Dank
- 29 Jahresrechnung 2017
- 37 Führungsstruktur und -gremium
- 44 Zweck und Geschichte
- 51 50 Jahre Public Eye



Pierrette Rohrbach, Präsidentin

PUBLIC EYE MAGAZIN Spezialausgabe
«Jahresbericht 2017», Nr 10 Februar 2018
—
REDAKTION Roman Bolliger, Raphaël de
Riedmatten und Timo Kollbrunner

LAYOUT Karin Hutter
FOTOGRAFIE Marion Nitsch (siehe Seite 43 und 50)
DRUCK Vogt-Schild Druck AG, Cyclus Print &
Leipa, FSC | AUFLAGE 25 500 Ex.
ISSN 2504-1266

KONTAKT Public Eye, Diererstrasse 12,
Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999
kontakt@publiceye.ch | publiceye.ch
POSTKONTO 80-8885-4

Editorial

Die Erklärung von Bern im Jahr 1968 war ein Aufruf zur Gestaltung einer gerechteren Welt und verlangte von der Schweiz und ihren Unternehmen, endlich Verantwortung zu übernehmen. Dieses Manifest, das den Grundstein unserer Organisation bildet, feiert dieses Jahr seinen 50. Geburtstag, und die dahinter stehenden Überzeugungen fliessen noch immer durch unsere Adern.

Das Jubiläum zeigt die Beständigkeit unseres Engagements. Schon 1978 enthüllte unsere Organisation, die heute den Namen Public Eye trägt, wie in der Schweiz ansässige Multis internationale Organisationen beeinflussten – mit Unterstützung der Schweizer Behörden. Ihr Ziel: die Verabschiedung eines Verhaltenskodex für multinationale Konzerne in Entwicklungsländern zu verhindern. Was damals für grosse Empörung sorgte, ist heute gängige Praxis und schockiert kaum mehr. Umso wichtiger ist es, die zweifelhaften Geschäfte der Konzerne ans Licht zu bringen und ihre Übermacht zu bekämpfen.

Dieses Ziel hat Public Eye 2017 unermüdlich verfolgt: Wir haben die schmutzigen Geschäfte des Genfer Rohstoffhändlers Gunvor im Kongo aufgedeckt, zu Syngentas Pestiziden recherchiert und auf die Hungerlöhne in Osteuropas Schuhfabriken aufmerksam gemacht. Mit der Konzernverantwortungsinitiative tragen wir unseren Kampf auch auf die politische Bühne. Schon bald wird sich die Bevölkerung an der Urne dafür aussprechen können, dass Schweizer Konzerne auch bei Auslandstätigkeiten die Menschenrechte und die Umwelt achten müssen.

Im Namen des Teams und des Vorstands möchte ich mich für Ihre wertvolle Unterstützung und Ihr Vertrauen bedanken. Und ich lade Sie ganz herzlich ein, unser 50-Jahre-Jubiläum mit uns zu feiern. | *Pierrette Rohrbach, Präsidentin*



Chantal Sierro, Floriane Fischer, Andreas Missbach und Sonia Cirillo

Lehren aus der Gunvor-Affäre

Wer viel wagt, der viel gewinnt: Um den kongolesischen Erdölmarkt zu erobern, ging der Kreml-nahe Handelskonzern Gunvor enorme Risiken ein und erzielte damit ebenso immense Gewinne. Unsere Untersuchung macht die Argumente der Rohstofflobby zunichte und illustriert die Schwierigkeiten, vor denen die Justiz steht.

Noch selten vereinte ein Fall so viele Facetten der vom Schweizer Rohstoffmarkt verursachten Probleme. Mit der umfangreichen Recherche «Gunvor im Kongo» veranschaulichte Public Eye im September auf äusserst transparente Art und Weise den Beitrag des Handelskonzerns zum Rohstofffluch in Brazzaville, der Hauptstadt des Petro-Staats. In Anlehnung an unseren Bericht bezeichnete *Le Monde* den Fall als Paradebeispiel für die korrupte Vorgehensweise westlicher Firmen in Afrika.

Eine Kreml-nahe Firma

Als Neuling auf dem Kontinent hat Gunvor alles daran gesetzt, Marktanteile zu erlangen. Unter anderem belohnte das Unternehmen zwei Mittelsmänner äusserst grosszügig für ihre Dienste in seiner Sache. Eine lohnende Investition: Zwischen 2010 und 2012 kam der Konzern ohne

öffentliche Ausschreibung zu Rohöladungen im Wert von 2,2 Milliarden Dollar und spielte Bank, indem er der kleptokratischen Regierung des unabsetzbaren Denis Sassou-Nguesso 750 Millionen lieh. Ausserdem kassierte der Rohstoffhändler saftige Kommissionen, indem er zwei anderen Unternehmen half, vermutlich mit diesen Geldern finanzierte öffentliche Aufträge an Land zu ziehen.

Das Geschäft geriet im Januar 2012 ins Stocken, als die Bundesanwaltschaft die Genfer Räumlichkeiten der Handelsfirma wegen Verdacht auf Geldwäscherei durchsuchte. Die Credit Suisse, welche die Konten der beiden Vermittler betreute, hatte kurz zuvor Alarm geschlagen. Gunvor reagierte mit der Entlassung des Marktverantwortlichen Pascal C., vom Konzern öffentlich als abtrünniger Mitarbeiter bezeichnet. Er soll «im Unwissen und zu lasten» seiner Vorgesetzten gehandelt haben.

Die Rohstoff-Händler im Paradies

Im November stand der Schweizer Rohstoffsektor dank den Paradise Papers im Rampenlicht. Und diesmal hatte Public Eye (fast) nichts damit zu tun. Die Enthüllungen des International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) unterstrichen die fragwürdigen Methoden der Branche. Für Schlagzeilen sorgten Trafiguras gefährliche Liaison mit der kongolesischen Elite, auf die wir bereits 2013 aufmerksam gemacht hatten, Louis Dreyfus' Machenschaften in Brasilien sowie Glencores Deals in der Demokratischen Republik Kongo. Die Zuger Firma zeichnete sich ausserdem durch aggressive Steueroptimierungsmethoden aus, z. B. in Australien oder Burkina Faso.

Als Reaktion darauf hat sich zum ersten Mal eine Bundesrätin für eine Regulierung des Rohstoffhandels ausgesprochen. In einem Interview in der SonntagsZeitung erklärte Simonetta Sommaruga: «Die Rohstoffindustrie hat gesagt: Lasst uns das selber regeln. Bislang war ihr Engagement aber nicht wirklich überzeugend. Und wenn jetzt (...) deutlich wird, dass viele Firmen sich nicht an ihren eigenen Kodex halten, dann erhöht das sicher noch einmal den Druck auf die Politik. Wenn es die Wirtschaft nicht schafft, sich an ihre eigenen Vorgaben zu halten, dann braucht es staatliche Regeln.»

Eine kompromittierende Aufnahme

Zu einfach? In der Tat. Unsere Recherche hat gezeigt, dass die kongolesischen Geschäfte auf oberster Ebene überwacht worden sind. Die vermutlich korrupten Zahlungen unterstanden nicht allein Pascal C. Im Gegenteil: Einige der Zahlungen wurden von mindestens sechs Personen abgesegnet.

Eine der bedeutendsten Enthüllungen unseres Berichts: Nach Pascal C.s Entlassung versuchte es Gunvor erneut mit Bestechung. Zwei Jahre später – zu einem Zeitpunkt, da der Konzern sich lauthals mit internen Compliance-Prozessen von höchster Qualität brüstete – wurde sein Nachfolger unwissentlich gefilmt, als er in Anwesenheit eines Vorbestraften einen korrupten Plan zur Wiedereroberung des kongolesischen Markts vorschlug. Noch belastender ist die gefilmte Aussage, das geplante Schema sollte «Scheissereien» mit der Schweizer Justiz verhindern. Heisst Compliance also, man verhindert, erwischt zu werden?

Statt sich selbst infrage zu stellen, erklärte Gunvor, erneut einem abtrünnigen Mitarbeiter zum Opfer gefallen zu sein. Doch der Staatsanwalt liess sich nicht täuschen und beschloss, die Handelsfirma wegen «mangelhafter Organisation» zu verfolgen, dem einzigen Anklagepunkt des Schweizer Strafgesetzbuchs, mit welchem Unternehmen –

und nicht Einzelpersonen – wegen ihrer Straftaten belangt werden können. Diese Neuigkeit kündete der Konzern ungefähr zwölf Stunden vor Veröffentlichung unserer Recherche – über die wir ihn kurz vorher informiert hatten – übrigens selbst an. Eine ganz spontane Entscheidung, was sonst.

Eine dringende Notwendigkeit

Für den Bundesrat, der lieber auf ein «integres und verantwortungsvolles» Verhalten der Unternehmen als auf eine tatsächliche Regulierung des Sektors setzt, ist es Zeit, sich von seiner naiv-heuchlerischen Haltung zu verabschieden und endlich die Augen zu öffnen. Die Rohstofflobby ihrerseits steht schlecht da mit ihrer Aussage, die Handelsunternehmen würden ihre Aufträge mittels transparenter öffentlicher Ausschreibungen erhalten, indirekt über die kreditgebenden Banken reguliert werden und selbst nur als einfache Transporteure und Spitzenlogistiker fungieren. Stéphane Graber meint ausserdem, der Rohstofffluch zeige sich «hauptsächlich in gewissen Ländern in Form von Problemen der Führung, des lokalen Handels oder internen Konflikten». Dem Generalsekretär des Verbandes der Schweizer Rohstoffhändler STSA kommt es nicht auf eine Unwahrheit mehr oder weniger an.

► **Die Recherche zum Nachlesen:** www.gunvorimkongo.publiceye.ch



Olivier Longchamps und Melanie Nobs

Rückführung unmöglich

2017 hat Public Eye in einem Bericht dokumentiert, wie die Schweiz daran scheiterte, die Millionen des Mubarak-Clans an Ägypten zurückzuführen. Ein Fall, der die Lücken im Schweizer Dispositiv zur Beschlagnahmung von Potentatengeldern zeigt.

2011 hat der Bundesrat die Blockierung des Vermögens des Ex-Diktators Mubarak und seiner Entourage angeordnet. Die Summe der auf Schweizer Konten blockierten Gelder belief sich auf 700 Millionen Franken. Doch entgegen den Erwartungen der ägyptischen Bevölkerung müssen diese Gelder wohl in Kürze wieder freigegeben werden. 180 Millionen Franken wurden bereits im Dezember 2016 vom Bundesrat deblockiert – ein enttäuschendes Resultat, das Public Eye zusammen mit der ägyptischen Nichtregierungsorganisation EIPR in einem im Oktober 2017 veröffentlichten Bericht analysierte. Kurz zuvor hatte die Bundesanwaltschaft bekannt gegeben, dass die Rechts-hilfverfahren mit Ägypten ergebnislos eingestellt worden waren. Im Dezember 2017 hob der Bundesrat die Verordnung zur Sperrung der Mubarak-Gelder auf. Die Freigabe der restlichen Summe von 430 Millionen Franken ist somit wohl nur noch eine Frage der Zeit.

Alternativen sind nötig

Dieser Fall illustriert die Grenzen der Schweizer Gesetzgebung: Die illegale Herkunft der Gelder konnte durch das Mittel der Rechtshilfe nicht bewiesen werden. In einem offenen Brief an den Bundesrat forderte Public Eye im Dezember, dass die Gelder weiter gesperrt bleiben und alternative Instrumente zur Beschlagnahmung solcher Gelder entwickelt werden. Kurz darauf räumte Bundesrat Ignazio Cassis vor dem Parlament ein, dass eine Analyse der Schweizer Gesetzgebung vonnöten sei und Korrekturen angebracht sein könnten.

► **Mehr Information:** www.publiceye.ch/FailedRecovery



Rebeka Köppl, Roman Bolliger
und Maxime Ferréol

Der Weg zum (fast) fairen Schuh

Mit dem Shoe Creator hat Public Eye in (und mit) grossem Stil über die Bedingungen in der globalen Schuhindustrie informiert – und sich dann selber als Schuhmacherin versucht. Ein Einblick in die nicht ganz einfache Herstellung des Gewinnerschuhs.

Löhne, die kaum zum Leben reichen, unbezahlte Überstunden, gesundheitsgefährdende Arbeitsplätze – im Frühling haben wir die Bedingungen in der Leder- und Schuhindustrie in einer Sondernummer unseres Magazins umfassend beleuchtet. Doch wie konnten wir dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen von diesen Realitäten erfahren? Schuhliebhaberinnen und Schuhliebhaber zum Beispiel, die vielleicht noch nie etwas von Public Eye gehört haben?

Wir entschieden uns für den «Shoe Creator», ein Online-Tool, das sich an gängige Webseiten für personalisierte Schuhe anlehnt. Mit einem Unterschied: Wer auf unserer Webseite seinen Traumschuh entwarf, wur-



Christa Luginbühl und Barbara Wüthrich Breuer

de gleichzeitig über die Missstände in der Schuhindustrie informiert. Mehrere Tausend Personen kreierte online ihren Wunschschuh – gewinnen konnte allerdings nur ein Paar. Unser Versprechen: Wir würden versuchen, diesen Gewinnerschuh möglichst fair herzustellen.

Aus alt wird neu

Doch wo fängt man überhaupt an? Aus welchen Komponenten besteht ein Schuh? Und woher kriegen wir möglichst faire und nachhaltige Materialien? So ist bereits umstritten, ob Leder als Tierprodukt überhaupt nachhaltig sein kann. Wir lassen uns erstmal von einem ehemaligen Arbeitskollegen mit Schuhmacherausbildung die bis zu 50 Arbeitsschritte erklären, welche die Herstellung eines handgefertigten Schuhs beinhalten kann. Dann machen wir uns auf die Suche nach jemandem, der diesen Schuh für uns fertigt. Wir finden ihn in Torben, einem gelernten Orthopädietechniker, der sich bislang an Flip-Flops aus Abfallprodukten probierte. Auch für unseren Schuh verwertet Torben bereits vorhandenes Material: Den Leisten stellt er aus einem alten Holzschicht her; die Gummiabsätze sind aus einem Autoreifen geschnitten; die Brandsohle, die zwischen Oberschuh und Sohle liegt, besteht aus einem Stück eines alten Kotflügels, das er im

Auch damit befassten wir uns 2017

- ▶ Die Massenentlassungen und Verhaftungen im Zuge von Lohnprotesten in Bangladesch beschäftigten uns über weite Teile des Jahres und überschatteten die Verlängerung des Gebäudesicherheitsabkommens um drei Jahre. In der Geox-Fabrik im serbischen Vranje kämpften ArbeiterInnen gemeinsam mit uns gegen ein gewerkschaftsfeindliches Management. In Kambodscha verschlechterte sich das Klima für die Zivilgesellschaft, wogegen wir uns mit Interventionen bei der Schweizer Vertretung und bei im Land produzierenden Markenfirmen wehrten.
- ▶ Letzten Februar hat der Bundesrat den Gesetzesentwurf zur öffentlichen Beschaffung zur Beratung ans Parlament überwiesen. Gemeinsam mit dem Branchenverband Swiss Textiles machten wir darauf aufmerksam, dass dieser im Bereich Nachhaltigkeit immer noch stark verbesserungswürdig ist. Wir setzten uns dafür ein, dass das Parlament den Entwurf nachbessert.
- ▶ Auch 2017 war das Thema existenzsichernde Löhne für uns zentral: In Myanmar, in Serbien oder der Ukraine, wo wir überall recherchierten, sind die Löhne weit von einem Existenzlohn entfernt. An Podiumsdiskussionen, Weiterbildungen und Vorträgen haben wir oder unsere Gäste aus der Türkei oder Italien zu diesem und weiteren Themen informiert und ausgiebig diskutiert.

Wald gefunden hat. Die Kunststoffteile, durch die der Schuh seine Form behält, schneidet Torben aus einem der Plastikkanister aus, mit denen Public Eye 2016 für die Dirty-Diesel-Kampagne dreckige Luft aus Ghana in die Schweiz geschickt hatte.

Das Leder liefert uns ein pflanzlicher Gerber aus dem Berner Oberland, der ganz genau weiss, woher die Tiere stammen, deren Häute er verarbeitet. Für unseren Schuh verwerten wir die Reste eines Ziegenleders, das ansonsten im Müll gelandet wäre. Das weisse Leder stammt aus einem Restposten, den der Gerber bei einer Lagerräumung vor 20 Jahren erstanden hatte. So geht Recycling.

Schuster, bleib bei deinen Leisten

Unser (fast) fairer Schuh wird handwerklich hergestellt – damit zeigen wir, wie viel Arbeit und Wert in so einem Schuh steckt. Wir sind aber überzeugt davon, dass auch in Serie hergestellte Schuhe qualitativ hochwertig, nachhaltig und fair produziert werden können. Um die Probleme der industriellen Produktion thematisieren zu können, laden wir Corina Ajder ein, uns bei der Schuhherstellung zu begleiten. Die Aktivistin ist bestens im Bild über die Zustände in der industriellen Schuhproduktion in Rumänien. Und in die Gerberei nehmen wir Papa Demba mit. Kaum einer kennt die Bedingungen in den

Gerbereien der Toskana besser als der Gewerkschafter, der früher selbst Ledergerber war.

Trotz anfänglicher Skepsis sind nicht nur wir, sondern auch die Gewinnerin Sara mit unserem Schuh rundum zufrieden. Er ist ein Unikat, eine Ausnahme. Faire Arbeitsbedingungen in der Schuhindustrie dürfen aber keine Ausnahme bleiben. Als Menschenrechtsexpertinnen und -experten überlassen wir das Schuhmachen ab jetzt wieder den Schuhherstellern – sie sollen zeigen, dass sie es ebenso gut oder noch besser können. Wir schauen ihnen weiter auf die Finger, decken problematische Praktiken auf und halten den Druck hoch, damit Schuhe endlich unter fairen Bedingungen hergestellt werden.

► **Eine Videodokumentation von der Produktion unseres Schuhs finden Sie unter:** www.publiceye.ch/schuhfilm



Baptiste Corthay, Raphaël de Riedmatten und Sibylle Müller

Gegen die Doppelmoral bei giftigen Pestiziden

2017 deckten wir auf, wie die Schweiz und die EU die gesundheitsschädigenden Pflanzengifte Atrazin und Paraquat exportieren, die bei uns längst verboten sind – und welche Folgen das hat.

Im Februar hat Public Eye zusammen mit Partnerorganisationen die bislang wohl umfassendste Studie zu den gesundheitsschädigenden Auswirkungen des Pflanzengifts Paraquat veröffentlicht. Die Bibliographie sammelt und kommentiert über 200 wissenschaftliche Studien und macht klar, wieso die Verwendung des Herbizids in mittlerweile über fünfzig Ländern verboten ist – so auch in der Schweiz.

Bundesrat sieht kein Problem

Paraquat führt jährlich zu tausenden Vergiftungsfällen, kann das Erbgut schädigen und die Parkinsonerkrankung fördern. Das hindert die Firma Syngenta mit Sitz in Basel allerdings nicht daran, Paraquat aus der Schweiz zu exportieren. Dies konnte Public Eye im Frühling auf der Grund-

lage von Dokumenten aufzeigen, die wir unter Berufung aufs Öffentlichkeitsrecht von der Bundesverwaltung erhalten hatten. Das Gleiche gilt für das bei uns ebenfalls verbotene Herbizid Atrazin, eine hormonaktive Substanz, die das Fortpflanzungssystem beeinträchtigt und das Krebsrisiko erhöht. Nachdem der Bundesrat signalisiert hatte, er sehe in dieser Sache keinen Handlungsbedarf, hat die Genfer Nationalrätin Lisa Mazzone (Grüne) einen Vorstoss eingereicht, in dem sie ein Verbot dieser Exporte fordert.

«Muss verboten werden»

Welche Folgen der Einsatz von Paraquat haben kann, erzählten uns die Bewohnerinnen und Bewohner von Kaanibungan, einem abgelegenen Dorf in den Philippinen. Jahrelang haben die Menschen dort auf Palmölplantagen kaum

geschützt mit giftigen Pestiziden hantiert, unter anderem mit Syngentas Paraquat-Produkt Gramoxone. Sie wurden gar nicht oder nur unzureichend geschult und werden nun mit den gesundheitlichen Folgen alleine gelassen. «Den Firmen muss verboten werden, diese giftigen Pestizide herzustellen», fordern sie.

Klare Menschenrechtsverletzung

Die UN-Sonderbeauftragten für Giftmüll und das Recht auf Nahrung stellten letztes Jahr unmissverständlich fest: «Die Bevölkerung anderer Länder Giftstoffen auszusetzen, die nachweislich schwerwiegende Gesundheitsprobleme oder gar den Tod verursachen können, stellt eine klare Verletzung der Menschenrechte dar.» Dass eine Firma mit Sitz in der Schweiz unzureichende Regulierungen in anderen Staaten ausnützt, um giftige Produkte zu verkaufen, die bei uns aus guten Gründen längst verboten sind: Dagegen werden wir im aktuellen Jahr mit neuen Aktionen vorgehen.

► **Lesen Sie unsere Reportage aus den Philippinen:**

www.pestizide.publiceye.ch



Carla Hoinkes und Laurent Gaberell



Patrick Durisch, Nicole Aeberhard und Alexandre Gajardo

Die Pharma und das Gesetz

Unsere jüngste Recherche zu Medikamententests in Ägypten hat den Basler Pharmamulti Roche derart verärgert, dass es zu einem ebenso absurden wie unnötigen Rechtsstreit gegen Public Eye kam. Novartis hat derweil in Kolumbien schweres Geschütz aufgeföhren, um ihr Monopol auf das Krebsmittel Glivec zu verteidigen.

Sechs Monate nach der Veröffentlichung unseres Berichts zu klinischen Versuchen erreichte Public Eye Ende 2016 eine superprovisorische Massnahme des Regionalgerichts Bern-Mittelland – wegen angeblicher Persönlichkeitsverletzung. Ein Basler Anwalt war im Namen einer Ägypterin aktiv geworden. Die Frau, eine Teilnehmerin an einem klinischen Versuch von Roche, hatte sich einverstanden erklärt, dass wir Bilder von ihr und ihre Aussagen in unserem Bericht verwenden dürfen. Nun wollte sie ihr Einverständnis zurückziehen – auf Druck von Roche, wie verschiedene Dokumente zeigten. Der Einschüchterungsversuch schlug fehl: Im Februar 2017 hat das Gericht die Zivilklage abgewiesen und zugunsten von Public Eye entschieden.

Geschäft vor Gesundheit

Vertrauliche Dokumente, die Public Eye 2017 veröffentlichte, zeigen, wie Novartis es mit aggressivem Lobbying geschafft hat, Kolumbien vom Vorhaben abzubringen, für ihr Krebsmedikament Glivec eine Zwangslizenz anzuordnen. Diese legitime Entscheidung eines souveränen Staates hätte es ermöglicht, dass im Interesse der öffentlichen Gesundheit günstigere Generika hätten vermarktet werden können. Stattdessen ordneten die Behörden nur eine Preissenkung an – doch auch dagegen ging Novartis in Kolumbien vor Gericht. Der Ausgang ist offen.

Beide Vorgehensweisen bestätigen einmal mehr: Die Pharmariesen stellen ihre Geschäftsinteressen über die Gesundheit der Bevölkerung und die Menschenrechte.

Auf in den Abstimmungskampf

Auch im vergangenen Jahr war Public Eye eine der tragenden Stützen in der Koalition der Konzernverantwortungsinitiative. Im Parlament setzten wir uns für einen überzeugenden Gegenvorschlag ein. Parallel dazu liefen die Vorbereitungen für den Abstimmungskampf auf Hochtouren.

Nach einem aggressiven Lobbying des Wirtschaftsverbands Economiesuisse stimmten Mitte Dezember 2017 in der Rechtskommission des Nationalrats FDP und SVP geschlossen gegen einen Gegenvorschlag, den die gleiche Kommission des Ständerats einen Monat zuvor noch gutgeheissen hatte. Er wurde mit 14 zu 11 Stimmen versenkt. Es war nicht irgendein Gegenvorschlag: Denn die Ständeratskommission übernahm, trotz klaren Abstrichen bei der Haftung der Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen, die wichtigsten Punkte der Konzernverantwortungsinitiative (Kovi).

Fruchtbare Gespräche

Bereits im Herbst begannen sich die starren Fronten der Ablehnung aufzuweichen: In unzähligen Gesprächen gelang es uns, einzelne Unternehmen und bürgerliche

Politikerinnen und Politiker für einen Gegenvorschlag zu interessieren. Das Groupement des Entreprises Multinationales (GEM) – als Zusammenschluss von 92 multinationalen Firmen einer der grössten Dachverbände der Schweizer Wirtschaft – sprach sich ebenso für den Gegenvorschlag aus wie einzelne Firmen. Das Engagement für den Gegenvorschlag war also keineswegs vergebens. Die dafür gewonnenen Alliierten werden für eine besser informierte Öffentlichkeit sorgen. Dass Unternehmen und ein wichtiger Verband zentrale Eckpfeiler der Initiative unterstützen, wird für den Abstimmungskampf entscheidend sein.

Wir sind bereit

Möglicherweise wird bereits im kommenden November über die Initiative abgestimmt – wir bereiteten deshalb

bereits 2017 den Boden für den Abstimmungskampf vor. Wir debattierten auf Podien mit unseren hartnäckigsten Gegnern, und in den Medien konnte Public Eye mehrfach zeigen, warum es die Initiative braucht. Inzwischen haben sich schweizweit an die 20 Kovi-Netzwerke gebildet. Sie führten Film-, Informations- oder Diskussionsabende durch und erarbeiteten Argumentarien, um für jede Diskussion gewappnet zu sein. Die Gruppe «Kovi kreativ» plant Aktionen, um Kovi spielerisch auf die Strasse zu bringen. Bei all dem mit dabei sind viele Aktive der Public Eye Regionalgruppen. Wir danken ihnen und allen Mitgliedern, die für Kovi Flyer verteilen, Leserbriefe schreiben, im Bekanntenkreis debattieren oder Interessierten erklären, worum es bei der Initiative geht. Das war erst der Anfang des Abstimmungskampfs. Wir zählen auf Sie, um den Menschenrechten und der Umwelt zu einem Sieg zu verhelfen.

► **Möchten Sie sich informieren oder sich mit Gleichgesinnten vernetzen?** Auf www.konzern-initiative.ch/veranstaltungen finden Sie die nächsten Treffen oder Filmabende in den Regionen.



Ursina Mayor und Oliver Classen

Von Affoltern bis Züberwangen

Es braucht Mut, vor eine Schulklasse zu stehen und mit dieser über faire Arbeitsbedingungen in der Kleider- oder Elektronikindustrie zu debattieren. Doch wie die Schülerinnen und Schüler das Gelernte umsetzen, zeigt in den meisten Fällen: Die Überwindung und das frühe Aufstehen lohnen sich!

Freitagmorgen in Ennetbürgen im Kanton Nidwalden. Die Schülerinnen und Schüler wissen nicht, was sie an diesem Tag erwartet, ausser, dass jemand mit ihnen das Thema «Kleider» behandeln wird. Die beiden Schulbesuchenden



beginnen den Morgen spielerisch: «Wer findet 90 Franken für ein Fussballnati-Trikot zu teuer? Wer schaut beim Kauf von Kleidern nach, wo diese produziert wurden?» Mit solchen Einstiegsfragen gehen sie mit der Klasse auf Tuchfühlung. Es folgen Filme, Diskussionen und als Kernstück des Schulbesuchs: der Aktionsteil, bei dem die Schülerinnen und Schüler das Gelernte unmittelbar anwenden. Sie schreiben Briefe an ihre Lieblingsfirma, gestalten Plakate oder fragen die Pausenkiosk-Verantwortlichen, ob sie faire Schokolade ins Sortiment aufnehmen könnten.

Das Schulbesuchsteam hat 2017 mehrere langjährige Schulbesuchende verabschiedet, darunter Jürg Keller, den Gründer der Schulbesuche. Die Erneuerung des 25-köpfigen Schulbesuchsteams erfolgt laufend; momentan befinden sich acht Schulbesuchende in Einführung. An all unsere Freiwilligen ein grosses Dankeschön!

Interesse an Schulbesuchen?

In der Deutschschweiz gibt es seit vielen Jahren das Public Eye Schulbesuchsprogramm, bei dem Freiwillige in Schulklassen Nachhaltigkeit zum Thema machen.

THEMEN/ALTERSSTUFE SCHULBESUCHE

Schokolade: ab Mittelstufe Primarschule (4. Kl.) und Sek. I

Kleider: ab Mittelstufe Primarschule (4. Kl.), Sek. I und untere Sek. II

Handy, Computer, Elektronik: ab Sek. I und untere Sek. II

Fleisch, Ernährung, Hunger: ab Sek. I und untere Sek. II

Fairer Handel: ab Sek. I und untere Sek. II

Interessieren Sie sich als Lehrperson für einen Schulbesuch von Public Eye oder möchten Sie selbst im Team der Schulbesuchenden aktiv werden? **Kontakt:** schulbesuch@publiceye.ch oder www.publiceye.ch/schulbesuch



© Marion Nitsch



© Marion Nitsch

Aktionsradius: 359 Kilometer

Was haben der Chouf-Nüt-Tag, das 1.-Mai-Fest, der Lauf gegen Rassismus, die Alternatiba oder der March against Monsanto gemeinsam? Unsere Regionalgruppen waren dort! Öffentlich treten sie für die Anliegen von Public Eye ein und verlängern den Aktionsradius unserer beiden Büros von Genf bis St. Gallen.

Die Konzernverantwortungsinitiative ist in unseren Regionalgruppen – oder kurz Regrus – ein Dauerbrenner. Seit der intensiven Unterschriftensammlung und der Einreichung im Jahr 2016 halten die Regrus das Thema «Unternehmen und Menschenrechte» im Gespräch, beispielsweise mithilfe von Filmabenden. Bis zum Abstimmungstermin wird uns Kovi, wie die Initiative von Engagierten genannt wird, weiter beschäftigen.

Schlange stehen für faire Schuhe

Unterstützt haben uns die Regrus auch bei unserer Sensibilisierungskampagne zu den Produktionsbedingungen



© Regionalgruppe Baden



© Regionalgruppe Basel



© Regionalgruppe Genéve



© Regionalgruppe Zentral- und Ostschweiz



in der Schuhindustrie. So standen etwa in Bern über 160 Public Eye Mitglieder, davon viele Freiwillige von Regrus, für faire Schuhe Schlange – trotz Dauerregens. Auch mit vielen anderen kreativen Aktionen gelang es unseren Regrus, auf die Schattenseite der Schuhindustrie aufmerksam zu machen und Solidarität zu bezeugen mit den wirklichen Fashion Victims: denjenigen, die in den Ledergerbereien und den Schuhfabriken für schlechte Löhne und auf Kosten ihrer Gesundheit schuften.

Erfolgreiche Saatgut-Ausstellung

Die Regru Ostschweiz hatte drei Jahre lang die Saatgut-Ausstellung vorbereitet, die von Mai bis Oktober 2017 in der Orangerie des botanischen Gartens St. Gallen aufgestellt war. Geblieben ist die Website www.saatgut-ausstellung.ch. Und vielleicht geht die Ausstellung gar auf Wanderschaft – indem sie die Regrus Zürich oder Winterthur in ihre Region holen.



Mitmachen

Haben Sie Lust, freiwillig bei Public Eye mitzumachen?
Dann nehmen Sie Kontakt mit uns auf: regrus@publiceye.ch/
 Tel. 044 2 777 999 (Ursina Mayor oder Ursula Haller verlangen)
 Infos: www.publiceye.ch/regionalgruppen

Freiwilligenarbeit in Zahlen

Freiwillige	Anzahl Personen	Anzahl Stunden
Freiwillige Mitarbeitende im Büro	8	142
Schulbesuchende (inkl. Koordination)	32	1917
Vorstand	11	1165
Regionalgruppen	204	8447
Total	255	11671



© Sebastian Morachon



© Regionalgruppe Bern



© Sebastian Morachon



© Martin Bichsel

Schwerpunkte 2018



Konzernverantwortungsinitiative

Es sieht danach aus, als könnte die Konzernverantwortungsinitiative schon im November 2018 zur Abstimmung kommen. Die Ausgangslage ist gut, das Anliegen geniesst bei der Bevölkerung grosse Sympathien: Gemäss einer repräsentativen Umfrage vom November 2017 würden 77 Prozent der Befragten der Initiative zustimmen, und die kontrovers diskutierte verschärfte Haftung für Menschenrechtsverletzungen stösst lediglich bei 17 Prozent auf Ablehnung. Alle Vorarbeiten sind erledigt, und gemeinsam mit Ihnen sind wir bereit für einen engagierten und spannenden Abstimmungskampf. Wir freuen uns auf eine Mobilisierung, die die Schweiz verändern wird, und setzen auf einen Sieg am Abstimmungssonntag!



Patente: tödliche Nebenwirkungen

Der Zugang zu essenziellen Medikamenten ist heute kein Problem mehr, das sich nur auf Ent-

wicklungs- und Schwellenländer bezieht. Auch in der Schweiz gibt es zunehmend Einschränkungen, so etwa die langjährige Rationierung von Hepatitis-C-Medikamenten aus Kostengründen. Ein wichtiger Grund der Kostenexplosion ist der Patentschutz, der Pharmakonzernen eine Monopolstellung und damit grosse Marktmacht gewährt. Wir wollen aufzeigen, wie das Patentsystem funktioniert, welche Auswirkungen es hat und was wir tun können, damit lebensnotwendige Medikamente bezahlbar bleiben.



Pestizide: toxische Exporte

Substanzen, die in der Schweiz als zu gefährlich für Mensch und Umwelt eingestuft werden und bei uns auf keinem Feld landen dürfen, sollten auch anderswo nicht zur Anwendung kommen. Doch die Schweizer Firma Syngenta produziert im grossen Stil hochgefährliche Pestizide für den Verkauf in Entwicklung- und Schwellenländern. Wir folgen der giftigen Spur

und beleuchten in einer Kampagne die Auswirkungen vor Ort. Zudem rücken wir toxische Exporte sowie die Rolle der Schweizer Behörden ins Licht.

Stevia: süss und bitter zugleich



Obwohl den Guaraní, die den Süsstoff entdeckt haben, gemäss Biodiversitätskonvention und Nagoya-Protokoll ein «gerechter Vorteilsausgleich» zusteht, sehen sie bisher nichts vom Profit des kommerziell genutzten Zuckerersatzes. Nach grossen internationalen Druckkampagnen zeigt sich die Industrie jetzt immerhin gesprächsbereit. Die Guaraní machen sich nun, auch mit Unterstützung von Public Eye, verhandlungsfähig.

Rohstoffhandel



Der Bundesrat wird Ende 2018 einen 2. Rohstoffbericht veröffentlichen. Der erste solche Bericht 2013 war eine direkte Reaktion auf unser Rohstoff-Buch von 2011. Public Eye wird sicherstellen, dass die dubiosen Geschäftspraktiken, die wir in den letzten fünf Jahren aufgearbeitet haben, ein Thema bleiben. Und wir nehmen eine neue Recherche in Angriff.

Denn die Probleme der Branche und die Verantwortung der Schweiz für den Rohstofffluch sind nach wie vor gross. Auch wenn der Bundesrat voraussichtlich nur Friede, Freude, Eierkuchen sehen wird. Dank unserem kritischen Auge soll er damit in der Öffentlichkeit nicht durchkommen.

Globale Lieferketten



Was haben Luxusledertaschen, Kakao oder Getreide gemeinsam? Ja, genau, sie werden im grossen Stil von der Schweiz aus weltweit gehandelt. Ob internationale Agrarlieferketten, Kleiderproduktion oder Lederwarenhersteller: Wir recherchieren, schauen hin und decken auf, wer in diesem Milliardengeschäft mitmischt. Die Clean Clothes Campaign richtet ihr Augenmerk nach Russland, wo WM-Fussball-Trikots ins Scheinwerferlicht rücken; nach Schweden, wo H&M Rechenschaft ablegen muss, wie es um Existenzlöhne in ihren Lieferketten steht; nach Osteuropa, wo Näherinnen zu Hungerlöhnen schufteten; und in die Türkei, wo Arbeiter mit gefährlichen Chemikalien Jeans aufpeppen und dabei ihre Gesundheit riskieren.

Potentatengelder



Usbekistan, Ägypten, Tunesien, Ukraine: In der Schweiz sind noch einige Verfahren zur Rückgabe von Vermögenswerten offen, die Public Eye weiterhin im Auge behalten wird. Es ist besorgniserregend, dass die Mechanismen, die verhindern sollten, dass illegale Gelder auf Schweizer Bankkonten landen, nicht funktionieren. Wir werden uns bei den zwei für 2018 angekündigten Revisionen des Geldwäschereigesetzes für Verbesserungen dieser Mechanismen einsetzen. Auch das Dispositiv zur Rückführung von Vermögen erfüllt seinen Zweck offensichtlich nur ungenügend. Der von uns letzten September veröffentlichte Bericht über die misslungene Beschlagnahme von Geldern des Mubarak-Clans und der Entscheid des Bundesrats vom Dezember, diese nicht mehr zu sperren, zeigen: Versagt das Instrument der Rechtshilfe, ist es kaum möglich, Gelder zu beschlagnahmen. Wir werden uns auch 2018 dafür einsetzen, dass Alternativen zur Rechtshilfe entwickelt werden.

Ein grosses Dankeschön

Wir danken unseren Mitgliedern, Spenderinnen und Spendern sowie Freiwilligen für ihre wertvolle Unterstützung und ihr politisches Engagement. Unsere Arbeit ist nur dank ihnen möglich!

Seit 50 Jahren sichern unsere Mitglieder sowie Spenderinnen und Spender die unabhängige Arbeit von Public Eye. Was 1968 mit rund tausend Erstunterzeichnenden startete, ist heute zu einem 25 000 Mitglieder starken Verein gewachsen. Und noch heute dürfen wir Unterstützende der ersten Stunde zu unseren Mitgliedern zählen. Ihnen, die unsere Organisation schon ein halbes Jahrhundert mittragen, gebührt ein ganz besonderes Dankeschön!

Bei Public Eye wirken ausserdem zahlreiche Freiwillige mit: Motivierte Mitglieder von neun Regionalgruppen und ein Schulbesuchsteam tragen unsere Anliegen auf die Strasse und in die Schulzimmer. Und geführt wird Public Eye von einem ehrenamtlichen elfköpfigen Vorstand. Für dieses grosse Engagement und die gespendete Zeit sind wir sehr dankbar.

Ein Teil unserer Arbeit wird mit der grosszügigen Unterstützung von Kirchgemeinden, Stiftungen und anderen Organisationen ermöglicht. 2017 haben uns folgen-

de Institutionen substanzielle Beiträge zugewendet: Berti Wicke-Stiftung, Christian Martin Stiftung, Fédération genevoise de coopération (FGC), Fédération vaudoise de coopération (FEDEVACO), Katholische Kirche der Stadt Luzern, OeME-Kommission der Evangelisch-reformierten Gesamtkirchgemeinde Bern, Stiftung Corymbo, Stiftung GlobalLokal und weitere, die nicht namentlich genannt werden möchten. Auch ihnen danken wir herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Zu guter Letzt geht unsere Dankbarkeit auch an die Menschen, die uns in ihrem Testament berücksichtigt und uns einen Teil ihres Nachlasses anvertraut haben und so helfen, die Wirkung unseres Einsatzes für eine gerechtere Welt zu verstärken.

Wir danken allen von Herzen für die Rücken- deckung – packen wir gemeinsam ein weiteres halbes Jahrhundert an!

Jahresrechnung 2017

RECHNUNGSLEGUNG 2017 NACH OR UND SWISS GAAP FER

Kommentar zur Jahresrechnung

Das erste Finanzjahr nach dem Namenswechsel der Erklärung von Bern zu Public Eye verlief insgesamt erfreulich und weist ein Schlussresultat von CHF –30 267 auf.

Der Gesamtertrag im 2017 belief sich auf knapp 5 Millionen Franken und fiel somit rund 5% tiefer aus als im Vorjahr. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Legatseinnahmen um 356 190 Franken zurückgingen, was wir bereits so erwartet hatten. Legate sind ein wertvoller, jedoch stark schwankender Teil unserer Einnahmen. Die Spendenerträge wuchsen erfreulicherweise um 6% auf 2,7 Millionen Franken. Die Mitgliederbeiträge waren hingegen mit –2% leicht rückläufig. Der Namenswechsel wurde offensichtlich nicht von allen Mitgliedern mitgetragen oder bemerkt. Bereits ab Mitte Jahr haben wir mit diversen Massnahmen darauf reagiert.

Tieferer Gesamtaufwand

Der Gesamtaufwand fiel tiefer aus als im Jahr 2016, was primär auf Sonderfaktoren im Vorjahr beruht. Der Projektaufwand sank um 5% auf 3,77 Millionen Franken, wobei zwei Drittel dieses Aufwands Personalkosten waren. Die

se Kosten waren 2016 ausserordentlich hoch, da erstmals Ferien und Überzeit komplett abgegrenzt wurden. Diese Abgrenzungen blieben 2017 stabil. Im Vorjahr beinhaltete der Aufwand für Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung zudem 120 000 Franken für den Namenswechsel. Dieser Aufwand war 2017 somit tiefer und betrug 454 709 Franken. Der leicht höhere administrative Aufwand beinhaltet Vorarbeiten für eine neue Informatiklösung.

Erfreuliches Jahresergebnis

Das Jahresergebnis ist insgesamt erfreulich und beträgt –30 267 Franken. Die zweckgebundenen Fonds, die primär durch Projektbeiträge von Stiftungen und Institutionen geäufnet werden, wurden 2017 netto um 219 130 Franken abgebaut. Unser solides Organisationskapital von 3,32 Millionen Franken erlaubt uns, im Jubiläumsjahr neben der Projektarbeit auch wichtige Investitionen in unsere Website sowie in die IT-Infrastruktur vorzunehmen.

Bilanz

Aktiven	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung	
	CHF	%	CHF	%	%	
Umlaufvermögen						
Flüssige Mittel	3 657 726	91	3 897 717	94	-6	
Forderungen	4 964	0	3 686	0	35	
Vorräte	18 523	0	24 209	1	-23	
Aktive Rechnungsabgrenzung ¹	184 369	5	50 425	1	266	
Total Umlaufvermögen	3 865 582	96	3 976 036	96	-3	
Anlagevermögen						
Finanzanlagen ²	22 638	1	22 882	1	-1	
Mietkaution ³	40 876	1	40 870	1	0	
Sachanlagen	77 335	2	125 430	2	-38	
Total Anlagevermögen	140 849	4	189 182	4	-26	
Total Aktiven	4 006 431	100	4 165 217	100	-4	
Passiven						
	CHF	%	CHF	%	Veränderung %	
Kurzfristiges Fremdkapital						
Verbindlichkeiten ⁴	124 371	3	96 293	2	29	
Kurzfristige Rückstellungen	0	0	10 000	0	-100	
Passive Rechnungsabgrenzung	152 409	4	87 576	2	74	
Rechnungsabgrenzung Ferien/Überzeit ⁵	349 338	9	341 638	8	2	
Total kurzfristiges Fremdkapital	626 118	16	535 507	13	17	
Total Fondskapital	60 000	1	279 130	7	-79	
Total Fremdkapital und Fondskapital	686 118	17	814 637	20	-16	
Organisationskapital						
Gebundenes Kapital für den Sozialplan	300 000	7	200 000	5	50	
Gebundenes Kapital für Personal	980 000	24	1 080 000	26	-9	
Gebundenes Kapital für Projekte	1 084 864	27	1 084 864	26	-0	
Freies Kapital	955 449	24	985 716	24	-3	
Total Organisationskapital	3 320 313	83	3 350 580	80	-1	
Total Passiven	4 006 431	100	4 165 217	100	-4	

Betriebsrechnung

Ertrag	2017		2016		Veränderung	
	CHF	%	CHF	%	%	
Spenden	2 716 713	55	2 570 034	49	6	
Legate	191 550	4	547 740	10	-65	
Mitgliederbeiträge	1 382 340	28	1 404 900	27	-2	
Projektertrag	640 018	13	637 816	12	0	
Übriger Ertrag	49 730	1	62 121	1	-20	
Total Ertrag	4 980 351	100	5 222 611	100	-5	
Aufwand	2017		2016		Veränderung	
	CHF	%	CHF	%	%	
Projektaufwand						
Personalaufwand	-2 593 040	52	-2 774 782	53	-7	
Sachaufwand	-1 177 099	24	-1 210 436	23	-3	
Total Projektaufwand	-3 770 139	76	-3 985 218	76	-5	
Fundraising- und allg. Werbeaufwand						
Personalaufwand	-288 443	6	-299 035	6	-4	
Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung ⁶	-454 709	9	-583 589	11	-22	
Total Fundraising- und allg. Werbeaufwand	-743 152	15	-882 624	17	-16	
Administrativer Aufwand						
Personalaufwand	-476 334	10	-489 231	10	-3	
Betriebsaufwand ⁷	-224 334	5	-176 914	3	27	
Total administrativer Aufwand	-700 668	14	-666 145	13	5	
Total Aufwand	-5 213 959	104	-5 533 986	106	-6	
Ergebnis aus Betriebstätigkeit	-233 608	-5	-311 374	-6	-25	

	2017		2016		Veränderung	
	CHF	%	CHF	%	CHF	%
Finanzerfolg	-24 265	-1	1 471	0	-1750	
Total ausserordentliches, einmaliges oder periodenfremdes Ergebnis	8 476	0	951	0	791	
Ergebnis vor Veränderung des Fondskapitals	-249 397	-5	-308 952	-6	-19	
Entnahme zweckgebundene Fonds ⁸	219 130	4	123 405	2	78	
Jahresergebnis (vor Verwendung/Zuweisung Organisationskapital)	-30 267	-1	-185 550	-4	-84	
Zuweisung/Verwendung Organisationskapital						
Entnahme/Zuweisung freies Kapital	30 267	1	-185 550	4	-84	
	0		0		0	

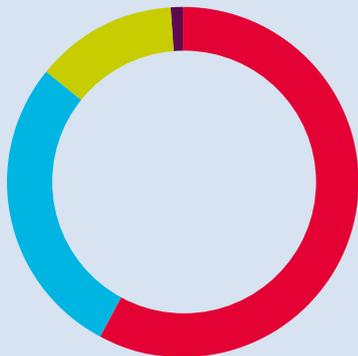
Anmerkungen zu Bilanz und Betriebsrechnung

- In der aktiven Rechnungsabgrenzung sind noch nicht erhaltene Erträge von 159 811 Franken enthalten, die das Jahr 2017 betreffen.
- Public Eye hält Aktien als Instrument zur Einflussnahme an der Generalversammlung der von uns kritisierten Firmen oder als Unterstützung von durch uns mitgegründeten Firmen.

- Die Mietkaution beinhaltet seit 2017 auch die Mietkaution des Büros in Lausanne von 15 392 Franken, die in den letzten Jahren noch unter den flüssigen Mitteln geführt wurde.
- Dies sind betriebsübliche, noch nicht bezahlte Kreditoren.
- Die Ferien- und Überzeitabgrenzung 2017 bleibt stabil, nachdem 2016 erstmals die vollumfänglichen Stunden abgegrenzt wurden.

- Dieser Aufwand enthielt im Jahr 2016 den Sonderaufwand von 120 000 Franken für den Namenswechsel.
- Die Erhöhung des Betriebsaufwands beinhaltet Vorarbeiten für eine neue Informatiklösung.
- An die zweckgebundenen Fonds wurden 666 811 Franken zugewiesen und 885 942 Franken entnommen, was zu der aufgeführten Nettoentnahme führt.

Ertrag



- 58 % Spenden und Legate
- 28 % Mitgliederbeiträge
- 13 % Projektertrag
- 1 % Übriger Ertrag

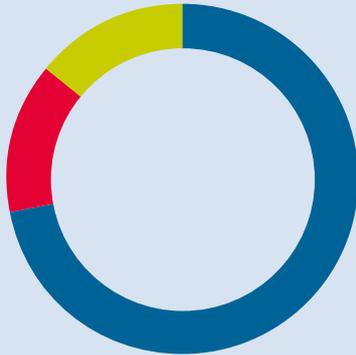
Public Eye finanziert sich im Jahr 2017 zu 86 % aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Legaten. Der grösste Teil der Projektfinanzierungen stammen von Stiftungen, Kirchengemeinden und öffentlichen Institutionen sowie Beiträgen der Fédération genevoise de coopération. Der übrige Ertrag stammt aus Erlösen von Warenverkäufen und Honoraren.

Spenden und Mitgliederbeiträge



Public Eye weist ein erfreuliches und kontinuierliches Wachstum der Spenden auf. Die Einnahmen der Mitgliederbeiträge sind hingegen leicht rückläufig (-2%). Die Legateinnahmen unterliegen grösseren Schwankungen. Sie befinden sich 2017 mit rund 191'550 Franken in einer von uns erwarteten Höhe.

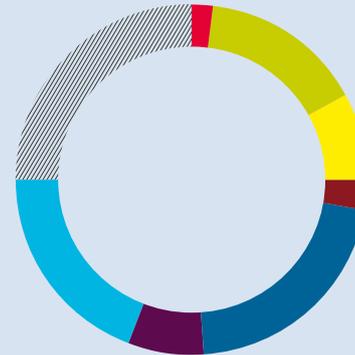
Aufwand



- 72 % Projektaufwand
- 14 % Fundraising- und allgemeiner Werbeaufwand
- 14 % Administrationsaufwand

72 % des Aufwands (inklusive Personal) fließen in die Projektarbeit. Der administrative Aufwand beträgt 14 % (Vorjahr 12 %) und die Ausgaben für die Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung 14 % (Vorjahr 14 %). Der leicht höhere administrative Aufwand beinhaltet Vorarbeiten für eine neue Informatiklösung.

Projektaufwand



- 2 % Handel
- 15 % Landwirtschaft
- 8 % Gesundheit
- 3 % Finanzen und Steuern
- 21 % Rohstoffe
- 7 % Konsum
- 19 % Clean Clothes Campaign
- 25 % Programmübergreifende Projektarbeit

Vom Projektaufwand (inklusive Personalaufwand) entfallen 19 % auf die Clean Clothes Campaign mit der Schuhkampagne sowie 21 % auf den Themenbereich Rohstoffe mit dem Schwerpunkt der Gunvor-Recherche. Die Höhe der Projektaufwendungen hängt generell von den gewählten Kampagnenmitteln ab und widerspielt nicht die inhaltliche Gewichtung. Die fachübergreifenden Ausgaben umfassen unsere allgemeine Informationsarbeit und unser Engagement für die Konzernverantwortungsinitiative.



Tel. +41 44 444 35 55
 Fax +41 44 444 35 35
 www.bdo.ch

BDO AG
 Schiffbaustrasse 2
 8031 Zürich

**Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision
 an die Generalversammlung des**

Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern, Bern

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung, Geldflussrechnung, Rechnung über die Veränderung des Kapitals und Anhang) des Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern, für das am 31. Dezember 2017 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. In Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER 21 unterliegen die Angaben im Leistungsbericht keiner Prüfungspflicht der Revisionsstelle.

Für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER, den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der bei der geprüften Einheit vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER vermittelt und nicht Gesetz und Statuten entspricht.

Zürich, 29. Januar 2018

BDO AG

Peter Stalder

Zugelassener Revisionsexperte

Marco Beffa

Leitender Revisor

Zugelassener Revisionsexperte

Revisionsbericht zur kompletten Jahresrechnung

Bei der auf den Seiten 31 bis 33 dargestellten Bilanz und Betriebsrechnung handelt es sich um einen Auszug respektive um eine gekürzte Fassung der Jahresrechnung 2017. Die komplette Rechnung 2017 wurde von der BDO AG geprüft.

Die komplette Jahresrechnung nach OR und SWISS GAAP FER kann unter www.publiceye.ch/jahresrechnung heruntergeladen oder bestellt werden.

Kontakt 044 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch

Verantwortung und Entscheidungen

Public Eye ist ein Verein mit flachen Hierarchien, in dem Partizipation und Konsensentscheidungen einen hohen Stellenwert einnehmen. Die Geschäftsleitung wird von einem vierköpfigen Kollektiv wahrgenommen.

Die operative Führung von Public Eye obliegt einer vierköpfigen Geschäftsleitung, wobei eine Leitungsstelle im zweiten Halbjahr 2017 vakant war. Die politische Abteilung mit den Themen Rohstoff – Handel – Finanzen wird von Andreas Missbach geleitet. Christa Luginbühl ist verantwortlich für die politische Abteilung mit den Schwerpunkten Konsum – Landwirtschaft – Gesundheit. Bis im Sommer 2017 wurde die Abteilung Kommunikation & Marketing von Géraldine Viret und Marion Graber gemeinsam geleitet. Aufgrund einer internen Reorganisation übernahm Marion Graber ab 1. Juli 2017 ad interim die alleinige Leitung dieser Abteilung, neben der Leitung der Abteilung Finanzen & Administration (siehe Organigramm Seite 38).

Public Eye hatte an den beiden Geschäftsstellen Zürich und Lausanne per Ende 2017 einen Personalbestand von 33 festen Stellen, davon eine Vakanz. Dazu kommen

befristet angestellte Fachpersonen und Praktikantinnen sowie zwei Freiwillige, welche die Schulbesuche koordinieren (gesamte Teamzusammensetzung siehe Seite 42).

Grosses Engagement des ehrenamtlichen Vorstands

Auf strategischer Ebene ist der Vorstand das leitende Organ von Public Eye. Die Vorstandsmitglieder sind Sachverständige für verschiedene Gebiete mit Bezug zur Tätigkeit des Vereins. Gemäss Statuten sind die deutsche und die französisch-italienische Sprachregion sowie die Geschlechter mit je mindestens vier Mitgliedern im Vorstand vertreten (siehe Seite 41). 2017 hielt der Vorstand sieben Sitzungen ab und engagierte sich rund 1165 Stunden ehrenamtlich. Ein wichtiges Geschäft des Vorstands im Jahr 2017 war die Erarbeitung einer neuen Gesamtstrategie für die Jahre 2018 bis 2021.

Organigramm

(Stand Dezember 2017)



Public Eye hat Büros in Lausanne und Zürich, die gemeinsam auch die Tessiner Mitglieder und SpenderInnen betreuen. Neun Regionalgruppen und ein Schulbesuchsteam führen zahlreiche Aktivitäten ehrenamtlich durch. Zusätzlich engagieren sich Freiwillige in den beiden Büros.

Generalversammlung 2017

Am 20. Mai 2017 reisten rund 120 Mitglieder nach Solothurn an unsere Generalversammlung. Besonders spannend war der exklusive Blick auf die Kampagne «Dirty Diesel».

An der Generalversammlung entschieden unsere Mitglieder den Mitgliederbeitrag ab 2018 von 60 auf neu 75 Franken anzupassen. Für Jugendliche unter 27 Jahren beträgt der Mitgliederbeitrag nach wie vor 30 Franken. Diese Anpassung – die erste seit 2006 – verschafft uns die Mittel, um die Tiefe unserer Recherchen zu gewährleisten. Die Wirkung unserer Kampagnen und die finanzielle Unabhängigkeit unserer Organisation werden verstärkt.

Ein Blick hinter die Kulissen einer Recherche

Am Nachmittag konnten die Mitglieder einen exklusiven Blick auf die Kampagne «Dirty Diesel» und das ihr vorausgehende dreijährige Rechercheprojekt werfen. Besonders spannend waren die Ausführungen von Marietta Harjano, unserer Forscherin in den Niederlanden. Mit ihren Nachforschungen hat sie massgeblich dazu beigetragen, dass wir dem ungerechten Geschäftsmodell von Schweizer Rohstoffhandelsfirmen auf die Spur gekommen sind.





Daniela Kistler, David Hachfeld und Sasha Roderer

Vorstand

Präsidentin

- **Pierrette Rohrbach**, Mitglied im Vorstand der Fédération vaudoise de coopération (FEDEVACO). Im Vorstand seit 2007, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.

Vizepräsidium

- **Zineb Benkhelifa**, lic. phil. I, Assistentin der Geschäftsführung des Schweizerischen Bühnenkünstlerverbands. Im Vorstand seit 2015.
- **Fabrizio Cioldi**, Forstingenieur ETH, Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) in Birmensdorf. Im Vorstand seit 2002.

Weitere Vorstandsmitglieder

- **Marc Audétat**, Politologe, Forschungsleiter an der Schnittstelle Wissenschaft–Gesellschaft, Universität Lausanne. Im Vorstand seit 2007.
- **Elisabeth Chappuis**, Rechtsanwältin, Lausanne. Im Vorstand seit 2010.

- **Claudia Frick**, lic. iur., Ausbildung in Menschenrecht, Juristin am Centre Social Protestant Vaud seit 2002. Im Vorstand seit 2016.
- **Michael Herzka**, Prof. Dr. phil., MBA, Dozent und Studienleiter an der Berner Fachhochschule. Im Vorstand seit 2007.
- **Beata Hochstrasser**, lic. phil. I., Direktorin der Stiftung Züriwerk (Zürich) seit 2008. Im Vorstand seit 2016, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.
- **Henri Iselin**, Geschichts- und Wirtschaftslehrer, Handelsschule Genf. Im Vorstand seit 2000.
- **Christophe Siegenthaler**, Volkswirtschaftler, Dienstchef im Bundesamt für Statistik. Im Vorstand seit 2012, Mitglied der Finanzkommission.
- **Alfred Sommer**, Master in Public Administration (IDHEAP, LS) selbstständiger Konsulent für Finanzmanagement, Rechnungsprüfung, Beratung und Coaching. Im Vorstand seit 2015, Mitglied der Finanzkommission.

Team

Stand 31.12.17

FACHABTEILUNGEN (10,40 Stellenprozente)

Konsum – Landwirtschaft – Gesundheit

- › **Christa Luginbühl**, Fachleitung und Geschäftsleitung
- › **Patrick Durisch**, Gesundheitspolitik
- › **Alexandre Gajardo**, Gesundheitspolitik (befristet)
- › **Laurent Gaberell**, Landwirtschaft und Biodiversität
- › **Carla Hoinkes**, Landwirtschaft
- › **David Hachfeld**, Clean Clothes Campaign
- › **Daniela Kistler**, Clean Clothes Campaign (befristet)
- › **Alice Kohli**, Recherchen
- › **Silvie Lang**, Soft Commodities

Rohstoffe – Handel – Finanzen

- › **Andreas Missbach**, Fachleitung und Geschäftsleitung
- › **Thomas Braunschweig**, Handelspolitik
- › **Marc Guéniat**, Recherchen
- › **Gian-Valentino Viredaz**, Recherchen Rohstoff – bis Dezember 2017 (befristet)
- › **Olivier Longchamp**, Steuern und Finanzen
- › **Urs Rybi**, Rohstoff & Corporate Accountability
- › **Lyssandra Sears**, Juristin
- › **Camille Chappuis**, Assistentin (befristet)



Thomas Braunschweig
und Simon Tondeur

KOMMUNIKATION & MARKETING (870 Stellenprozente)

- ▶ **Marion Graber**, Abteilungsleitung ad interim und Mitglied der Geschäftsleitung
- ▶ **Géraldine Viret**, Medienverantwortliche (F), bis Juni 2017
Co-Abteilungsleitung und Geschäftsleitung
- ▶ **Oliver Classen**, Medienverantwortlicher (D)
- ▶ **Floriane Fischer**, Online-Kommunikation und Regionalgruppen (F)
- ▶ **Rebekka Köppel**, Online-Kommunikation (D)
- ▶ **Melanie Nobs**, Online-Kommunikation (D, befristet)
- ▶ **Maxime Ferréol**, Übersetzung und Redaktion (F)
- ▶ **Timo Kollbrunner**, Redaktion und Publikationen (D)
- ▶ **Roman Bolliger**, Marketing und Fundraising (D)
- ▶ **Raphaël de Riedmatten**, Publikationen und Fundraising (F)
- ▶ **Chantal Sierro**, Projektfinanzierung und Nachlässe (D)
- ▶ **Ursina Mayor**, Koordinatorin Freiwilligenarbeit (D)

FINANZEN & ADMINISTRATION (560 Stellenprozente)

- ▶ **Marion Graber**, Abteilungsleitung und Geschäftsleitung
- ▶ **Nicole Aeberhard**, Buchhaltung und Personaladministration (F)
- ▶ **Sonia Cirillo**, Finanzen und Informatik (D)
- ▶ **Baptiste Corthay**, Administration und Informatik (F)
- ▶ **Ursula Haller**, Administration Freiwillige (D)
- ▶ **Sibylle Müller**, Administration und Mitgliederservice (F)
- ▶ **Sasha Roderer**, Administration und Mitgliederservice (D)
- ▶ **Simon Tondeur**, Administration und Mitgliederservice (D)
- ▶ **Barbara Wüthrich Breuer**, Buchhaltung und Personaladministration (D)

KOORDINATION SCHULBESUCHE (Freiwillige)

- ▶ **Florian Duss**, Koordinator Schulbesuche
- ▶ **Pascale Zellweger**, Koordinatorin Schulbesuche

AUSTRITTE 2017

- ▶ **Domenico Pirraglia**, Administration und Informatik
- ▶ **Andrea Hüsler**, Fachbereich Konsum
- ▶ **François Meienberg**, Fachbereich Landwirtschaft
- ▶ **Susanne Rudolf**, Marketing und Fundraising
- ▶ **Michael Bänziger**, Assistent Kommunikation (befristet)

Fotokonzept

Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der Organisation sind wir ins Archiv gestiegen. Dabei sind einige symbolische Objekte unseres Engagements für eine gerechtere Welt ans Licht gekommen: von der Tasche «Jute statt Plastik» aus den 1970er-Jahren bis zum Kanister mit verschmutzter Luft von unserer «Dirty Diesel» Kampagne im Jahr 2016 (siehe auch Seite 50).

Wenn nicht anders angegeben, wurden die Bilder von der Fotografin Marion Nitsch in Zusammenarbeit mit der Grafikdesignerin Karin Hutter aufgenommen.

Folgende Teammitglieder konnten leider nicht fotografiert werden: Marion Graber, Alice Kohli, Urs Rybi und Lyssandra Sears.

Public Eye: Der Blick der Schweiz auf die Ungerechtigkeiten

Vor fünfzig Jahren präsentierten die Initiantinnen und Initianten der Erklärung von Bern ihre Vision einer gerechteren Welt und forderten die Schweiz auf, sich für fairere Beziehungen zu benachteiligten Ländern einzusetzen. Viele dieser Forderungen sind heute noch aktuell.

Wenn Sie die treuesten Mitglieder von Public Eye, ehemals Erklärung von Bern (EvB), fragen, weshalb sie unseren Verein schon so lange unterstützen, werden Sie fast immer dieselbe Antwort erhalten: Public Eyes Beständigkeit und Unerbittlichkeit sowie die Relevanz unseres Ansatzes. Dieser gründet in der Überzeugung, dass eine gerechtere Welt nur möglich ist, wenn man die systemischen Probleme und die Verantwortungslosigkeit, die benachteiligten Menschen weltweit schaden, im eigenen Land angeht. Seit fünfzig Jahren engagiert sich Public Eye mit Recherchen, Kampagnen sowie Informations- und Sensibilisierungsarbeit gegen Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die ihren Ursprung in der Schweiz haben. Wir setzen uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die Schweizer Politik ihre Verantwortung zur weltwei-

ten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Ob Finanzsektor, Agrochemie, Pharmaindustrie, Nahrungsmittelbranche oder Rohstoffhandel: Die Schweiz spielt eine zentrale Rolle bei vielen Branchen, welche die Globalisierung exzessiv auf die Spitze treiben. Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, schaut Public Eye genau hin, macht Missstände öffentlich und setzt sich für konkrete Lösungen ein. Wir handeln im Namen unserer 25 000 Mitglieder, aber auch mit ihnen, denn wir sind von der Stärke kollektiven Handelns und der Kraft der Veränderung eines jeden Einzelnen überzeugt. Public Eye legt den Fokus auf die Schweiz, ist aber auch Teil internationaler Netzwerke und arbeitet eng mit internationalen zivil-

gesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften zusammen.

Ein Manifest für gerechtere Beziehungen

Von der Erklärung von Bern 1968 bis zu Public Eye im Jahr 2018 hat sich unser Verein kontinuierlich weiterentwickelt. Im Laufe der Zeit sind wir gewachsen und professioneller geworden, ohne dabei die Vision und die Werte unserer Gründungsmitglieder aus den Augen zu verlieren. Doch wie ist diese im Schweizer Kontext so aussergewöhnliche Nichtregierungsorganisation überhaupt entstanden? Die wichtigsten Schweizer Entwicklungsorganisationen der 1960er-Jahre kamen aus dem Umfeld der Kirche. Ihre Aktionen waren geprägt von der Missionsphilosophie: Sie führten in den Ländern des Südens Projekte zur Armutsbekämpfung durch, mit dem Ziel, dort eine ähnliche wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, wie sie in den Industrieländern gut ein Jahrhundert zuvor stattgefunden hatte. Eine progressive, von der Befreiungstheologie geprägte Randgruppe dieses Milieus betrachtete diesen Weg als Sackgasse. Sie war der Ansicht, dass sich die Länder des Südens in erster Linie aus ihrer Abhängigkeit von den ehemaligen Kolonialmächten und den Ländern, die – wie die Schweiz – in deren Kielwasser segelten, befreien mussten. Statt die



Timo Kollbrunner, Marc Guéniat und Géraldine Viret



Silvie Lang, Florian Duss und Ursula Haller

Auswirkungen der Armut aufzufangen, wollten diese humanistischen Theologinnen und Intellektuellen – darunter der Waadtländer Theologe André Bieler und die erste Deutschschweizer Sekretärin der EvB, Anne-Marie Holenstein – deren Ursachen angehen: Sie wollten «hier handeln» und so die notwendigen politischen Voraussetzungen schaffen, um den «Kampf gegen Hunger und Elend zu führen, der zugleich der Kampf für die Rechte und Würde des Menschen ist»¹. 1968 verfasste eine Arbeitsgruppe die «Erklärung von Bern» und brachte so die wichtigsten Forderungen der entstehenden Bewegung zu Papier.

Der programmatische Text appellierte an das Gewissen und wollte der Politik der Schweiz eine andere Richtung geben. Er forderte vom Bundesrat, 3 % des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben – dies entsprach dem damaligen Militärbudget der Schweiz – um «lieber das Leben als den Tod» zu fördern. Über diese direkte finanzielle Hilfe hinaus riefen die Verfasserinnen und ersten Unterzeichner der Erklärung von Bern die Schweizer Regierung dazu auf, die «notwendigen politischen Umstellungen» vorzunehmen, um gerechtere Beziehungen zwischen der Schweiz und Entwicklungsländern sicherzustellen.

¹Originalfassung der im März 1968 veröffentlichten Erklärung von Bern.

Eine ansteckende Unverfrorenheit

Das Manifest wurde von fast 10 000 Personen unterzeichnet und legte den Grundstein für die erste unabhängige entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation der Schweiz. Schon in den 1970er-Jahren sorgte die Bewegung mit pointierten Aktionen für Aufsehen: mit dem Hungerstreik und der Besetzung des Bundeshauses während der «Konferenz Schweiz – Dritte Welt», der Beteiligung an der Kampagne «Nestlé tötet Babys!» gegen die skandalösen Milchpulver-Vermarktungspraktiken des Nahrungsmittelkonzerns in afrikanischen Ländern, dem Direktimport von Kaffee aus Tansania («Ujamaa») oder der «Jute statt Plastik»-Aktion zur Unterstützung einer verantwortungsvollen Wirtschaft in Bangladesch. Die Resonanz dieser Aktionen – eine Mischung aus Protest und konstruktiven Lösungsvorschlägen – befeuerte die politische Debatte der Schweiz Ende der 1970er-Jahre und übertraf die kühnsten Hoffnungen ihrer Initiatorinnen und Initiatoren. Es war die Geburtsstunde eines neuen entwicklungspolitischen Aktivismus, der frech, direkt und fordernd auftrat.

Angriff auf das Bankgeheimnis

In ihrem Manifest unterstrichen die VerfasserInnen der Erklärung von Bern, dass die Schweiz «auf bestimmte Pri-

vilgien verzichten» müsse und forderten die politischen Entscheidungsträger dazu auf, die Vision einer gerechteren Welt durch mutige Entscheide umzusetzen. Bei der Lancierung der Bankeninitiative 1977 wagte die EvB in ihrem Kampf gegen soziale Ungleichheiten, Korruption und Steuerflucht erstmals einen Frontalangriff auf das sakrosankte Bankgeheimnis. Nach der heftigen Gegenkampagne der Banken und der offiziellen Schweiz gegen die «Marxisierung» der Wirtschaft wurde die Volksinitiative 1984 von einer Dreiviertelmehrheit abgelehnt. Dem eklatanten Scheitern an der Urne zum Trotz schaffte es die Initiative, die Problematik des Bankgeheimnisses und dessen verheerende Auswirkungen auf die Länder des Südens auf die politische Agenda zu setzen, wo sie drei Jahrzehnte lang bleiben sollte. Seit Ende der 1990er-Jahre setzte sich die EvB für eine weitere Utopie ein: den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen, der damals selbst von den engagiertesten Politikerinnen und Politikern als unerreichbarer Wunschtraum abgetan wurde. Damit der Paradigmenwechsel gelingen konnte, brauchte es die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/08. Heute ist diese Utopie ein internationaler Standard, mit dem sich sogar die Schweizer Banken abgefunden haben. Auch wenn es noch viel zu tun gibt, damit alle von diesem Fortschritt profitieren können – die Zeit hat der EvB

und all jenen, die Steuerflucht als *den* Skandal der kommenden Jahre bezeichnet hatten, Recht gegeben.

Bekämpfung des Rohstofffluchs

«In ein paar Jahrzehnten werden wir die Plünderung der Rohstoffe mit denselben Augen sehen wie die Kolonialisierung oder die Sklaverei», prophezeite die grüne Europaabgeordnete Eva Joly in einem Dokumentarfilm über die sozialen und ökologischen Auswirkungen der skrupellosen Ausbeutung einer sambischen Kupfermine durch den Schweizer Rohstoffkonzern Glencore (*Wer profitiert vom Kupfer*, 2011). Wir teilen diese Analyse und setzen alles daran, den Rohstofffluch zu bekämpfen, der die Bevölkerungen rohstoffreicher Länder paradoxerweise in bitterer Armut gefangen hält. 2011, als sich nur wenige Journalistinnen und Journalisten und noch weniger PolitikerInnen für die Thematik interessierten, veröffentlichten wir unser Buch «Rohstoff – Das gefährlichste Geschäft der Schweiz»: Das erste Referenzwerk zum Schweizer Rohstoffsektor, das die brisante Rolle unseres Landes ans Licht brachte.

Enthüllungen, Kritik und Vorschläge

Die traditionellen Medien befinden sich in einer Krise und Korrespondentinnen und Korrespondenten im Aus-

land sind heute Mangelware. Die Recherchearbeit hat zwar ihren Glanz noch nicht verloren. Sie kämpft jedoch allzu häufig mit Budgetkürzungen oder gegen ein Heer von Anwältinnen und Kommunikationsfachleuten, die Unternehmen zur Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse in Stellung bringen. Dass wir uns in diesem Kontext in ein Thema vertiefen können, ist ein Privileg, das wir dank der wertvollen Unterstützung unserer Mitglieder geniessen.

Für die Recherchearbeit in der undurchsichtigen Welt der Rohstoffhändler braucht es einen langen Atem. Noch mehr Ausdauer und Überzeugungskraft sind vonnöten, um die Politik zur Verabschiedung gesetzlicher Vorschriften zu bewegen, die dem Sektor gewisse Schranken setzen – und dies trotz des internationalen Reputationsrisikos dieses Sektors für die Schweiz. Weitblick und Wagemut sind gefragt, wenn es darum geht, Lösungen vorzuschlagen, die sich dem herrschenden politischen Klima widersetzen, in dem auf Selbstregulierung und freiwillige Initiativen der Unternehmen gesetzt wird.

So schufen wir beispielsweise 2014 die fiktive Schweizer Rohstoffmarktaufsicht ROHMA – mitsamt ihrer Entstehungsgeschichte und der sie regulierenden Gesetze. Zusammen mit über 80 Organisationen hat Public Eye wenig später die Konzernverantwortungsinitiative

ingereicht und ruft damit die Bevölkerung dazu auf, für eine Schweiz zu stimmen, die sich dafür einsetzt, dass hier ansässige Unternehmen die Umwelt und die Menschenrechte weltweit respektieren. Es stehen hitzige Debatten bevor.

Handlungsbedarf

Public Eye ist kein Verein von naiven Träumerinnen und Träumern, sondern ein Team aus Expertinnen und Experten, die sich für soziale Gerechtigkeit engagieren. Dieses Organisationsporträt ist voller Stolz und Enthusiasmus geschrieben, und doch entbehrt es jeder Eitelkeit. Denn Public Eye ist ein Sandkorn im gut geölten Getriebe einer unerbittlichen Maschinerie der Ungerechtigkeiten. Und dennoch ist dieses Sandkorn, zusammen mit vielen anderen, unentbehrlich, wenn wir uns eine gerechtere Welt nicht nur vorstellen, sondern auch die Weichen dafür stellen wollen. | Géraldine Viret

Von der EvB zu Public Eye

Public Eye wurde 1968 als «Erklärung von Bern» gegründet und basiert auf dem gleichnamigen «Manifest über die Schweiz und die Entwicklungsländer». Seit 50 Jahren ist Public Eye der Vision seiner Gründerinnen und Gründer – die Bekämpfung der Ursachen der Armut – treu geblieben.

Viele Menschen in ärmeren Ländern sind täglich Menschenrechtsverletzungen, ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, Armut, Hunger und Umweltzerstörung ausgesetzt. Ihre Situation kann uns nicht egal sein, liegen die Ursachen für ihre Misere doch oftmals auch in der Schweiz: bei verantwortungslosen Konzernen, im ignoranten Verhalten der Politik oder in unserem eigenen Konsumverhalten.

Seit 2016 heisst unser Verein offiziell «Public Eye – Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern». Die bisher gemachten Erfahrungen sind äusserst positiv und das beispiellose internationale Medien-echo zu unserer Kampagne «Dirty Diesel» im September 2016 machte unsere neue Identität sogar über die Grenzen hinaus bekannt. Mit Public Eye haben wir einen Namen, mit dem das Erbe der Ursprungserklärung erfolgreich in die Zukunft getragen wird. Er vermittelt auf prägnante Weise unsere zentrale Aufgabe, ist einprägsam und funktioniert über die Sprachgrenzen hinweg.

Symbolträchtige Objekte

Zur Illustration unserer Aktionen der letzten 50 Jahre haben wir ein paar symbolische Objekte ausgegraben – ein Dossier zur Privatisierung des Service public etwa, didaktische Spiele zum Thema Entwicklung oder den Schoggihasen, den die Kinderarbeit auf Kakaoplantagen zum Weinen brachte.

Mit Vergnügen sind wir in unsere Archive gestiegen, um Ihnen die vergangenen fünfzig Jahre unseres Engagements in Bildern zu erzählen. Die Würdigung all jener, die an dieser Geschichte mitgeschrieben haben, würde ganze Bände füllen. Gemeinsam mit zahlreichen Partnerorganisationen haben wir mit zukunftsweisenden Ideen den Weg «für eine gerechtere Welt» bereitet.

Bei einer Tasse «Ujamaa»-Kaffee führen wir uns wieder einmal die Geschichte des Milchpulverskandals zu Gemüte, den die «Nestlé tötet Babys!»-Kampagne ausgelöst hatte. «Ujamaa», der Name eines der ersten Fairtrade-Produkte, bedeutet auf Suaheli «Familie im weiteren Sinne, in der alle intelligent arbeiten und gemeinsam vom Ergebnis ihrer Arbeit profitieren» und steht damit für die grundlegenden Überzeugungen hinter dem fairen Handel sowie für unseren Beitrag zu dessen Entwicklung.



Oftmals visionäre Ideen

Unsere Vorgängerinnen und Vorgänger wussten sich zu amüsieren, ohne dabei ihre Ziele aus den Augen zu verlieren. So diente 1993 das 25-Jahr-Jubiläum als Anlass für ein Turnier mit dem Brettspiel «Mondopoly», das noch heute für unsere intensive pädagogische Arbeit steht.

Als Menschen mit Visionen schreckten sie auch nicht vor logistischen Herausforderungen zurück, beispielsweise beim Verkauf von Jutetaschen aus Bangladesch. Diese waren gleichzeitig Symbol für ihre «Solidarität mit Kleinbäuerinnen und Handwerker*innen in Bangladesch» als auch für die «ökologische Bekämpfung» von Plastik, «einem der grossen Verschmutzer und Verschwender unserer Zeit».

50 Jahre Public Eye

2018 steht im Zeichen unseres Jubiläums. Das ganze Jahr über gibt es Gelegenheit, die Anliegen, die unsere Organisationsgeschichte geprägt haben, und ihren Bezug zu den aktuellen Herausforderungen (neu) zu entdecken.

Am 26. Mai bringen wir im Rahmen unserer Generalversammlung hochkarätige Rednerinnen und Redner zusammen und diskutieren gemeinsam über die Zukunft der Demokratie und die Rolle der Zivilgesellschaft in einer Welt zunehmender Ungleichheit, die von der Allmacht der Grosskonzerne geprägt ist. Das detaillierte Programm der Veranstaltung verraten wir Ihnen demnächst.

FÖRDERUNG DER RESEARCHARBEIT

Zur Feier unseres 50-Jahr-Jubiläums möchten wir die Researcharbeit in Ländern unterstützen, in denen im Namen des Profits Menschenrechte verletzt und die Umwelt zerstört werden. Aus diesem Grund vergeben wir den *Investigation*

Award und haben dazu renommierte Journalisten und Journalistinnen an Bord unserer Jury geholt. Anfang April lancieren wir eine Crowdfunding-Kampagne zur Finanzierung der ausgewählten Projekte. Die Recherchen werden im Januar 2019 veröffentlicht und die Gewinnerprojekte im Rahmen zweier Veranstaltungen in Zürich und Genf vorgestellt. Ein spannendes Jahr liegt vor uns!



► Mehr Informationen zu unserem Jubiläum: www.publiceye.ch/50

Seit 50 Jahren setzt sich Public Eye dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die Schweizer Politik ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen. Mit Recherchen, Kampagnen und der Unterstützung unserer 25 000 Mitglieder engagieren wir uns in der Schweiz für faire Wirtschaftsbeziehungen. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Public Eye

Dienersstrasse 12 | Postfach | 8021 Zürich
+41 (0) 44 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch
Postkonto 80-8885-4

publiceye.ch

 facebook.com/publiceye.ch
 @publiceye_ch
 @publiceye.ch



 Erklärung von Bern